

Kathrin Hartmann, BAWO Fachtagung, Donnerstag, 16. Mai 2013

Kathrin Hartmann studierte Kunstgeschichte, Philosophie und Skandinavistik an der Goethe-Universität in Frankfurt. Sie arbeitete als Redakteurin bei der Frankfurter Rundschau und bei Neon, dem jungen Magazin im Stern. Im Oktober 2009 erschien ihr Buch „Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt“ im Blessing Verlag, im März 2012 ihr zweites Buch „Wir müssen leider draußen bleiben. Die neue Armut in der Konsumgesellschaft“ (Blessing). Kathrin Hartmann lebt als freie Autorin in München.

„Wir müssen leider draußen bleiben“

Vortrag

Nicht nur in den Ländern des Südens wächst die Armut: auch in reichen Ländern sind immer weitere Teile der Gesellschaft von Armut bedroht oder betroffen. Gleichzeitig wächst das Vermögen und Einfluss der Reichen und Superreichen, die nur einen winzigen Teil der Weltbevölkerung ausmachen. Aber anstatt die immer tiefer werdende Kluft zu hinterfragen, grenzt sich die Mittelschicht nach unten ab und verteidigt die Privilegien der Reichen, denen sie sich zugehörig fühlt. Doch dieses soziale Stockholm-Syndrom legitimiert sämtliche politische Entscheidungen, die der Allgemeinheit schaden. Mit anderen Worten: es wird weiter von unten nach oben verteilt. Mit ihrer Selbstdefinition als „Leistungsträger“ und der Diffamierung der Armen als „Sozialschmarotzer“ gelingt es der Elite, diese gesellschaftliche Spaltung zu rechtfertigen und den Abbau des Sozialstaats voranzutreiben. Schließlich, so die von Medien, Politik und Wirtschaftselite befeuerte Meinung, seien die Armen faul, nutzlos, selber schuld. Ausgerechnet in Zeiten größtmöglicher Entsolidarisierung soll bürgerschaftliches Engagement schwindende öffentliche Leistungen wettmachen: Armutsbekämpfung wird von der politischen Aufgabe zur privat organisierten Wohlfahrt wohlhabender Bürger. Tafeln und Sozialmärkte, an denen überschüssige Lebensmittel an Arme ausgegeben werden, sind der Prototyp dieser neuen Freiwilligengesellschaft, in der verbindliche soziale Rechte durch eine unverbindliche Almosenökonomie ersetzt werden. Warum Tafeln kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems sind und Armut und Ausschluss der Armen zementieren, soll in diesem Vortrag beschrieben werden.

Das Bild der Armut ändern

Workshop

Tumbe verwaarloste übergewichtige Kettenraucher in Trainingsanzügen, glücklich lächelnde Inderinnen am Brunnen oder vor Lehmhütten, afrikanische Kinder mit aufgerissenen Augen und aufgeblähten Hungerbäuchen, überhaupt: unschuldige Kinder, Menschenschlangen an Tafeln, die von lächelnden Ehrenamtlichen die Tüten gefüllt bekommen: die Bilder der Armut, die in der Öffentlichkeit herrschen, sind vielfältig. Doch es kommt immer darauf an, wer dieses Bild entwirft und welches Interesse damit verbunden ist. Politik, Wirtschaft und Elite haben Interesse an der Darstellung des Sozialschmarotzers. Hilfsorganisationen neigen dazu, Arme als Opfer und passive Bittsteller zu inszenieren. Nicht selten stehen dabei die Helfer selbst mehr im Mittelpunkt als ihre Objekte der Fürsorge. Kommerzielle Initiativen wie Mikrokreditorganisationen oder der Faire Handel verbreiten ein pittoreskes Bild der Armut. All diesen unterschiedlichen Darstellungen gemein ist: die Deutungshoheit über Armut obliegt nicht den Armen selbst. Und sie lassen Armut als Schicksal erscheinen und verschleiern die gesellschaftlichen und politischen Strukturen von Armut. Wer prägt diese Bilder und warum? Wie kann das Bild der Armut so geändert werden, dass es die Strukturen und Ursachen beleuchtet? Dies soll anhand von Beispielen im Workshop erörtert werden.

Kommentar in der Rubrik „Meine Meinung“, erscheinen in Neon, Ausgabe 8/2010

Meine Meinung: Kultivierter Hass

Mit PREKARIATSBASHING versichern sich deutsche »Bürger« ihres Standes. Je mehr Statuspanik die Mittelschichtler haben, desto fester treten sie nach unten. Und schaden sich damit selbst.

Text: Kathrin Hartmann

Die Schwachen unserer Gesellschaft brauchen kein Geld, sondern Joghurt, Äpfel, Blumenkohl und weitere Lebensmittel, die Supermärkte sonst in den Müll schmeißen. Das scheint zumindest Familienministerin Kristina Schröder zu glauben. Die Tochter eines Oberamtsanwalts und einer Immobilienhändlerin lächelt gütig, wenn sie als Schirmherrin der »Tafel« Essensreste an Bedürftige verschenkt. Wenn sich Schröder dann aber bei Twitter einloggt, beweist sie, dass sie nicht nur moderne Technik, sondern auch die aktuelle Hassideologie beherrscht: »Eine Familie in Hartz IV, 2 Kinder, erhält inkl. Elterngeld 1885 Euro vom Staat. Netto! Ist das gerecht gegenüber denen, die arbeiten?«, fragt Schröder. Der überzeugten Perlenohrringträgerin gefällt es jedenfalls, Hartz-IV Empfängern das Elterngeld zu streichen, während Topverdiener wie sie und ihr Mann, Staatssekretär Ole Schröder, weiter 1800 Euro netto vom Staat einstreichen, sobald sie das erste von zwei geplanten Kindern in die Welt setzen.

»Ehrenamtlich gegen Armut - machen Suppenküchen satt und bequem?« lautete der Titel einer Sendung von Anne Will, der anklingen lässt, dass selbst übrig gebliebenes Essen zu viel des Guten ist und ein knurrender Magen für »Eigeninitiative« sorgt. Und dass der Volkszorn nicht der Tatsache gilt, dass in Deutschland Armenspeisungen nötig sind, sondern den Bedürftigen selbst: »Die können ruhig was tun für ihr Geld und nicht nur rumsitzen und immer dicker werden«, sagt eine fein gemachte Bürgerin in einer Straßenumfrage vom Februar 2010 (Unterschichtsbashing ist nicht nur ein Thema fürs Sommerloch). »Ich leg ja auch nicht den ganzen Tag die Beine hoch und kriege Geld dafür«, findet ein erregter Mann, der versichert, er habe nicht FDP gewählt: »Die sollte man mal bemühen, das hier wegzuschaffen.« »Die«, das sind die Hartz-IV-Empfänger. »Das hier« sind die Dreckhaufen, die der Winter auf den Straßen von Berlin zurückgelassen hat. Und der Unterschied zwischen Straßendreck und Langzeitarbeitslosen liegt für die Befragten darin, dass man dem Straßendreck keine Befehle erteilen kann.

57,2 Prozent der Deutschen finden es empörend, »wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.« 49,3 Prozent sind überzeugt, dass die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden. Das sind aktuelle Ergebnisse der Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit « der Uni Bielefeld. Danach glauben 52 Prozent der Deutschen, dass die Ursache der Finanzkrise die seien, die den Sozialstaat ausnutzten. Als ob es Hartz-IV-Empfänger gewesen wären, die mit ihrer »Regelleistung für Schuhe« von monatlich 7,64 Euro an der Börse gezockt und so Fannie Mae, Freddie Mac und die Gebrüder Lehman in den Ruin getrieben hätten. Seit 2000 ist der Anteil der Deutschen an der Mittelschicht von 66 auf 60 Prozent gesunken, knapp ein Viertel der Bundesbürger gehört unteren Einkommenschichten an. Und je kleiner die gesellschaftlichen Unterschiede und je größer die Wahrscheinlichkeit des Abstiegs, desto mehr grenzen sich Menschen nach unten ab. »In der Mitte der Gesellschaft nimmt die Feindseligkeit gegenüber den Schwachen zu«, sagt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer, der die Bielefelder Langzeitstudie leitet.

Es ist verrückt: Mehr als die Hälfte der Deutschen fürchtet den sozialen Abstieg und rechnet damit, dass ihr Lebensstandard sinken wird. Genauso viele aber haben eine abwertende Haltung gegenüber Hartz-IV-Empfängern. Nach Jahren neoliberaler Propaganda ist es

allgemeine Überzeugung geworden, dass - Leistung lohnt sich! - der Aufstieg in der Macht des Einzelnen liege. Wes wegen Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger (Schmarotzer!) als gerecht empfunden werden, während Steuerbetrüger (Leistungsträger!) bei Selbstanzeige die Strafe erlassen wird. Dabei liegt die geschätzte Missbrauchsquote allenfalls bei 1,9 Prozent: 72 Millionen plus 3,7 Millionen Euro Verwarnungs- und Bußgeld mussten Hartz-IV-Betrüger 2009 zurückzahlen, während Steuersünder den Staat straffrei um mindestens 3,4 Milliarden betrogen haben.

In ihrem Buch »Hurra, wir dürfen zahlen«, spricht die taz-Redakteurin Ulrike Herrmann vom »Selbstbetrug der Mittelschicht«. Statt ein System zu hinterfragen, das die Reichen immer reicher macht, identifiziert sich die Mittelschicht mit der Geldelite. Dabei leidet auch der Mittelschichtler, wenn kein Geld mehr da ist für Schulen, Bibliotheken und Schwimmbäder, weil Reiche kaum Steuern zahlen. Das soziale Stockholmsyndrom erhöht außerdem die Abstiegswahrscheinlichkeit: Es legitimiert Entscheidungen zugunsten der Wirtschaftselite wie Lohnsenkungen (»Gürtel enger schnallen«) und den Abbau von Sozialleistungen (»Wachstumsbremsen«).

Es gäbe viele Ziele, für die Normalverdiener gemeinsam mit den sozial Schwachen kämpfen könnten: bessere Schulen, ein gerechtes Gesundheitssystem, eine effektive Kontrolle der Banken oder eine Steuer auf hohe Vermögen. Doch die Mittelschicht inszeniert sich lieber als »Bürgertum«. Nur steckt dahinter nicht die Idee einer solidarischen Gemeinschaft, sondern die alberne Fantasie, zu einem besseren Teil der Menschheit zu gehören. So wird Lena Meyer-Landrut als »Star für das Bildungsbürgertum« gefeiert, weil sie einen deutschen Namen, Abi und einen Diplomatenopa hat - anders als die Kandidaten von »Deutschland sucht den Superstar«, die ja blöd genug sind zu glauben, dass sie mit Hilfe von Dieter Bohlen aus Unterschicht und Drogensumpf zum Popstar aufsteigen könnten.

Der Historiker Paul Nolte, der findet, dass die Unterschicht nicht immer nur Fastfood essen darf und dass ja auch Karotten gut schmecken, nannte solche Formate »Unterschichtfernsehen«. Und meinte damit wohl, dass Angehörige der Unterschicht ihresgleichen nicht bloß in der Sozialwohnung nebenan beim Kinder - anbrüllen, Amtbescheißen und Kettenrauchen zusehen wollen, sondern dass sie das alles auch noch einmal vor ihrem Flachbildfernseher erleben möchten, für den sie sich vermutlich verschuldet haben. Anstatt wie anständige Bürger ein gutes Buch zu lesen. Dabei dienen die Erziehungsobjekte von Peter Zwegat und der Supernanny vor allem der Mittelschicht zur Belustigung und zur Beruhigung der Statuspanik: Wenn die Unterschicht Kevin und Chantal nicht mehr »bitte« und »danke« beibringen kann, ist sie ja wohl selbst schuld an ihrem Elend. Solange die eigenen Kinder altdeutsche Vornamen tragen und man selbst Begeisterung für Karl-Theodor zu Guttenbergs Gelfrisur und eine Hannoveraner Gymnasiastin empfindet, wird man schon nicht auf den Boden der Gesellschaft fallen.

Die Grenzen zwischen den Schichten ziehen nicht nur Einkommen und Bildung - sondern auch Geschmack. Hartz IV ist der Antilifestyle: Schade, dass sich die Unterschickeria keine gesunden Äpfel im Biomarkt leisten kann, weil sie ihr ganzes Geld für Billigwurst im Discounter verplumpert! Dass das der Fall ist, weiß die Mittelschicht so genau, weil sie ja selbst auch manchmal zu Aldi geht. Dort kauft sie Champagner, ironisch, versteht sich.

Rezension von „Wir müssen leider draußen bleiben“ von Pieke Biermann für Deutschlandradio Kultur, 2.4.2012

Verrohung des Bürgertums

In "Wir müssen leider draußen bleiben" hat Kathrin Hartmann viele Mosaiksteine eines verschärften Klassenkampfes von oben zusammengetragen. Rasant geschrieben berichtet sie über ein Land, in dem das Mitgefühl für Arme und Arm-Gemachte verschwunden ist.

Dieses Buch ist eine grandiose Philippika, die zweite der Journalistin Kathrin Hartmann. In "Ende der Märchenstunde" (2009) hatte sie sich die "politisch korrekt konsumierende" neue Mittelschicht vorgeknöpft und enttarnt, dass die "Lohas" (Kürzel für Lifestyle of Health and Sustainability) weder zur Gesundheit noch zur Nachhaltigkeit beitragen. Im Gegenteil. Jetzt legt sie nach. Es geht um Armut in unserer modernen Gesellschaft. Neu, wie der Untertitel sagt, ist die nicht, und sie findet auch nicht nur in Konsumgefilten statt. Aber sie hat schärfere Züge bekommen. In ein Bild gefasst: Wenn man sich Armut und Wohlstand als zwei tektonische Platten vorstellt, wirkt die Globalisierung wie eine seismische Verwerfung, die die eine Platte nach oben reißt und die andere brachial weiter nach unten presst. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist inzwischen gefährlich steil für Frieden, Demokratie und all die schönen Dinge des menschlichen Lebens auf diesem Planeten.

Fatal neu daran ist für Hartmann eine Radikalisierung der Nicht-Armen gerade in reichen Ländern wie Deutschland. Empathie für Arme und Arm-Gemachte ist im Orkus rot-grüner Arbeitsmarktliberalisierung und der "Agenda 2010" verschwunden. An ihre Stelle sind Verachtung und "Klassenkampf von oben" getreten. Öffentliches Geplapper über "Sozialschmarotzer" und deren "anstrengungslosen Wohlstand" ist so konsensfähig wie der Hohn über Super-Handys, die "solche Leute" unbedingt haben müssen. In der Tat, sie müssen: Smartphones sind oft der einzige chancengleiche Zugang zu Kommunikation, ein Internetanschluss der einzige Anschluss der Ausgeschlossenen an soziales Leben. Hartmann trägt viele Mosaiksteine zusammen, die eine erschütternde "Verrohung des Bürgertums" zeigen, sie tragen lauter feine Namen aus der kultivierten, bildungsnahen Mitte der Gesellschaft.

Zu den Strategien der Ausgrenzung gehören aber nicht nur Stigmatisierung, Kriminalisierung und die Lüge von der "nur relativen Armut", die den 11,5 Millionen hierzulande an und unter der Armutsgrenze Lebenden auch noch die Legitimation zur Unzufriedenheit stiehlt. Ob auf Druck neuer Bewegungen - von Attac bis Occupy - oder eines inneren Anstandsrests: Globalisierungsgewinnler geben sich auch gern ein soziales Image. Da schmückt sich eine Joghurt-Firma mit einer angeblichen Beschäftigungsoffensive für arme Frauen in Bangladesh - in Wahrheit erobert sie dort den Mittelschicht-Markt. Da sonnen sich Politiker und Firmen im warmen Schein der Tafeln, die immer mehr werden und von denen sich nicht mehr nur Arme ernähren müssen - in Wahrheit sind sie der Beweis für sozialstaatliches Versagen. Und statt zur Vermeidung von Müll beizutragen, verteilen sie ihn um.

Auf 500 Seiten sprengt Kathrin Hartmann die Realität unter unseren Mythen frei, mit kühler Wut und investigativem Feinbesteck, schonungslos auch gegenüber der eigenen journalistischen Branche. Aber keine Angst - das Ganze ist luftig gesetzt und rasant geschrieben. In den USA gäbe es für so etwas einen Pulitzer-Preis.